

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1926

140 (24.3.1926) Abendausgabe

Bezugspreis frei ins Haus halbjährlich 1,50 M. im Verlag oder in den Zweigstellen abgeholt 1,40 M. Durch die Post monatlich 2,60 M. zuzüglich 75 P. Postgeb. Einzelpreise: Wochenschrift Nummer 10 S., Sonntags-Nummer 15 S. — Am Fall höherer Gewalt bei der Bestellung keine Ansprüche bei verspäteter oder nicht-erhalten der Zeitung. Abbestellungen können nur jeweils bis zum 25. auf den Monatsletzten angenommen werden. Anzeigenpreise: Die 11spaltige Nonp. Seite 0,32, ausw. 0,40 Goldm. Stellen-Beilagen, Familien- und Gelegenheits-Anzeigen ermäßigter Preis. Adressen: Seite 1,50, an erster Stelle 2.— Goldm. Bei Wiederholung tarifierter Rabate, bei der Nichterhaltung des Preises, bei gerichtlicher Betreibung und bei Kontrakt außer Kraft tritt. Erklärungs-ort und Gerichtsstand ist Karlsruhe.

Badische Presse

und
Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung
Verbreitetste Zeitung Badens.

Karlsruhe, Mittwoch, den 24. März 1926.

Eigentum und Verlag von
: Ferdinand Hiergarten:
Geschäftsführer: Dr. Walter Schneider.
Redaktions-Verantwortlich: Für badische Politik: M. Holzinger; für deutsche Politik und Wirtschaftspolitik: Dr. Brigner; für auswärtige Politik: A. Kimmig; für Landes- und Sportpolitik: A. Böhmer; für Kommunalpolitik: A. Müller; für das Genie: Emil Seliger; für Oper und Konzert: Chr. Gerlich; für Handelsnachrichten: G. Feld; für die Anzeigen: A. Hinberbauer; alle in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Meißner.
Fernsprech.: 4030 4031 4032 4033 4034.
Geschäftsstelle: Brief- und Sammelkasten-Nr. 8359. Beilagen: Post und Heimat / Literarische Umschau / Romanblatt / Sportblatt / Frauenzeitung / Wandern und Reisen / Haus und Garten / Karlsruher Vereins-Zeitung.

Landwirtschaftsfragen im Reichstag.

Dr. Haslinde über den Existenzkampf der Landwirtschaft.

Die Hilfsmittel der Reichsregierung.

Berlin, 24. März. (Zuspruch.) Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 11.20 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Haushalts des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Verbunden damit wird ein Gesetzentwurf über die Gewährung von Darlehen zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung und eine Vorlage zur Aushebung der Verordnung über Kartoffeln, ferner 22 Anträge aller Parteien.

Hg. Dietrich-Baden (Dem.) berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses, der u. a. zur Behebung der Kreditnot eine Ermäßigung des Zinsfußes von 7,5 auf 5,5 Prozent fordert und der empfiehlt, den Gütererwerb aufmerksam zu verfolgen. Bei Zwangsverkäufen namentlich großer Güter soll die Möglichkeit des Ankaufs durch das Reich ermöglicht werden. Weiter wird verlangt die Förderung der gewerblichen Verwertung des Spiritus, die Anlage von Versuchsanstalten und Lehrgängen zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion. Angeregt wird, den Bau von Fischdampfern mit Getreideerzeugnissen zu fördern.

Minister für Ernährung und Landwirtschaft Haslinde weist darauf hin, daß die Landwirtschaft schwere Jahre habe durchmachen müssen. Trotzdem habe sie aus dem verunglückten Boden das letzte herausgeholt und damit eine Hungersnot verhindert und uns dem Ziel näher geführt: Die Ernährung des Volkes auf eigener Scholle. Durch die Kräftigung unserer Währung haben wir eine neue solide Grundlage zum Weiterbau erhalten. Der Minister beschreibt dann die gegenwärtige schwierige Lage der Landwirtschaft, besonders die Kreditnot.

Der Minister lagte Hilfsmittelmaßnahmen für die Landwirtschaft zu. Durch die weitere Befreiung der Einfuhr ausländischer Nahrungsmittel müsse die deutsche Handelsbilanz alliiert werden. Während früher Industrie und Landwirtschaft in hartem Wettstreit standen, gehe es jetzt um die Ergänzung unserer Landwirtschaft. Bei der letzten Zollvorlage habe die Landwirtschaft nur einen ungenügenden Zollschutz erhalten, der ihr bei den Ernteverhältnissen keinen Nutzen bringen konnte. Beim Abschluß der Handelsverträge sei die Landwirtschaft weiter geschädigt worden. Der Minister erklärt, er werde sich persönlich dafür einsetzen, daß die Landwirtschaft bei künftigen Handelsverträgen die notwendige Berücksichtigung ihrer Rolle finde und daß ihr der erforderliche Zollschutz nicht verweigert werde. (Beifall rechts.) Die Landwirtschaft habe unter der gegenwärtigen Wirtschaftskrise am meisten gelitten. Die Hilfe müsse von der Kreditseite kommen. Angeht es gegenüber der Wirtschaftskrise unerträglich gestiegenen Verschuldung der Landwirtschaft seien die bisherigen Kredite zur Lösung der teuren kurzfristigen durch langfristige Real Kredite nicht ausreichend. Mit allem Nachdruck sei das Ministerium an der Arbeit, die Hilfe auf diesem Gebiete zu verstärken. (Beifall.) Für einen Teil der überforderten Betriebe werde bis zur nächsten Ernte Hilfe kaum noch möglich sein. Aber man werde wenigstens das Gros der Landwirtschaft über die schlimmste Zeit hinwegbringen können. Eine

ausreichende Finanzierung der Dünge- und Düngemittelherstellung werde voraussichtlich möglich sein. Sehr wichtig wäre für die Landwirtschaft in erster Linie die Behebung der Kaufkraft des inneren Marktes und die Schließung der jetzt abnorm auseinandergehenden Preisdifferenz zwischen industriellen und landwirtschaftlichen Produkten. Die notwendige Steigerung der Preise der landwirtschaftlichen Produkte brauche nicht zu einer Belastung der Verbraucher zu führen, denn gerade hier könne die Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen sehr vermindert werden. Den

Maßnahmen zur Steigerung des deutschen Getreideanbaus vor allem des Roggenverbrauches werde die Regierung jede Unterstützung gewähren. Es müsse erreicht werden, daß die Wäckerien der Bevölkerung wieder ein fruchtbares Schmachthaus Roggenbrot liefern.

Die Wiedereinrichtung einer Zwangswirtschaft halte die Regierung für bedenklich.

Die Pferdebesitzer sei nicht zurückgegangen, aber die Einfuhr habe sich stark vermindert. Der Fleischverbrauch habe sich schon wieder auf 88,4 Prozent der Vorkriegszeit gehoben. Die Versorgung mit Geflügel sei ausreichend. Mit Rücksicht auf die gestiegenen deutschen Viehpreise würde eine Erhöhung des Kontingents der zollfreien Geflügelfleischeinfuhr höchste Bedenken hervorgerufen müssen. In eine solche Erhöhung werde auch nicht gedacht. Weinrückgang sei die außerordentlich gestiegene Einfuhr von Milch- und Molkereiprodukten.

Ein ansteigender Zollschutz für Butter und Käse werde zur Steigerung des heimischen Milchabzuges unvermeidlich sein. (Beifall.) Daneben müsse die Bevölkerung mehr als bisher über den hohen Wert der Milch als Nahrungsmittel aufgeklärt werden. Der Minister betont, daß sich zu diesem Zweck ein Reichsausschuß unter seinem Vorsitz gebildet habe. Der Spiritusverbrauch könne durch vermehrte Anwendung als Betriebsstoff vergrößert werden. Der Minister verweist dann auf die Schäden, die Obst-, Gemüse- und Gartenbau durch die Handelsverträge zugefügt worden sind. Es müsse alles getan werden, um hier Hilfe zu schaffen. Verweigert die Lage des deutschen Weinbaues. Die Regierung sei weiter bestrebt, zu helfen, sie habe sich trotz schwerer Bedenken mit der Aufhebung der Weinsteuer einverstanden erklärt. Auch die Schwierigkeiten des Flachs- und Judderrübenbaues würden von der Regierung aufmerksam verfolgt.

Graf Westarp Vorsitzender der Deutschnationalen Partei.

* Berlin, 24. März. (Zuspruch.) Heute vormittag um zehn Uhr ist der Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei im Reichstagsparlament zusammengetreten. In den Verhandlungen nehmen die Mitglieder der Reichstags- und Landtagsfraktion sowie die Vorsitzenden der Landesverbände teil. Auf der Tagesordnung steht die Wahl eines neuen Parteivorstandes und Stellungnahme zu der politischen Lage.

Entsprechend einem einstimmig beschlossenen Vorschlag des Vorstandes, der Parteileitung und der Landesverbandsvorsitzenden wurde der Vorsitzende der Reichstagsfraktion, Graf Westarp, durch Zuzug zum Parteivorstand gewählt.

Umschau.

24. März 1926.

Sir Austen Chamberlain scheint sich von der Niederlage, die ihm in Genf schließlich jeder Mensch auf drei Meilen gegen den Wind anmerken mußte, inzwischen wieder etwas erholt zu haben. Der hilflose Mann von Genf, der nichts tun konnte als allen Leuten gut zureden und der schließlich doch nicht erreicht, hat gestern eine gar nicht ungehörige Rede gehalten. Er hatte allerdings allen Grund sich zusammen zu raffen, denn seine Situation in der parlamentarischen Rechtfertigung war nicht so einfach wie diejenige des deutschen Außenministers. Stresemann hatte nicht ganz unrecht, als er auf eine Anpassung hin in den letzten Tagen von Genf sich äußerte, daß er unter den gegebenen Umständen immerhin lieber Stresemann als Chamberlain sein möchte. Während die Opposition im deutschen Parlament doch wirklich nur verbrauchte Klischees und schließlich nicht schwer wiegende Argumente, die sich zum Teil selbst widersprachen, vorbringen konnte, sind Leute wie Lloyd George und Mac Donald doch immerhin Persönlichkeiten von großem Kaliber und internationaler Bedeutung, und was sie sachlich vorzubringen hatten, hatte Hand und Fuß. Beide wissen was der Völkerverbund ist und kennen sich in ihm aus. Lloyd George hat ihn mitbegründet und lange Jahre in Genf eine führende Rolle gespielt. Mac Donald hat mit Herriot zusammen einen der Genfer Höhepunkte erlebt, an dem Tage, als der damalige englische Premier mit dem Hinweis auf den leeren Stuhl die indirekte Einladung an Deutschland ergehen ließ. Abgesehen von einer sachlich viel bedeutungsvolleren Opposition mußte sich Chamberlain auch gegen eine Stimmung in der Weltöffentlichkeit zur Wehr setzen, die ihn als einen der Milchulbigsten mit den Fingern weist, während die Haltung Deutschlands in immer härterer Weise die Anerkennung der ganzen Welt findet. Wenn gestern die „Washington Post“ Stresemanns Rede als ein Muster staatsmännischer Offenheit preist, das allen Politikern als nachahmenswert erscheinen müsse und für die die Welt ihm zu Dank verpflichtet sei, so ist es notwendig, zu unterstreichen, daß alles, was in der „Washington Post“ geschrieben wird, immerhin in einem ähnlichen Verhältnis zur offiziellen Auffassung der amerikanischen Regierung steht, wie die Auslassungen des „Badischen Staatsanzeigers“ zur Auffassung unseres Ministers Kimmels. Wenn man als das Ergebnis der gestrigen Unterhausdebatte hinzunimmt, daß Lloyd George und Mac Donald dem deutschen Standpunkt reslos Verständnis entgegengebracht, daß in der Vereidigung Chamberlain nochmals Deutschland von aller Schuld freisprach und es durch die Bekanntgabe der ihm mitgegebenen Direktiven bekräftigte, daß auch die englische Regierungsauffassung dahin zielt, daß es durch keine Veränderung des Rates Deutschland unmöglich gemacht werden sollte in den Völkerverbund einzutreten, wenn man ferner die teils zünftigen, teils im Hinblick auf die eigenen Möglichkeiten pessimistischen Pressestimmen in Paris und Warschau hinzunimmt und schließlich sogar konstatiert, daß Brasilien sich zu der Festhaltung gezwungen sieht, daß seine Haltung sich unter gar keinen Umständen gegen Deutschland richte, sondern nur die Locarnisierung und Europäisierung des Völkerverbundes bekämpfe, so erhöht die Auffassung eine Bestätigung, daß Deutschland in einer Weise moralisch gestärkt aus Genf zurückgekehrt ist, wie es niemand erwarten konnte.

Chamberlains Rede brachte nach allen Dementis von Genf und später von London doch die Bestätigung dafür, daß die persönliche Gegenüber zwischen dem englischen Außenminister und dem schwedischen Vertreter Herrn Anden sich während der Verhandlungen außerordentlich zuspitzten. Wenn aber Chamberlain sich darüber beschwert, daß der schwedische Vertreter verächtlich und vornehm und ohne wirklichen Grund in Amerika gegen ihn Stimmung gemacht habe, so übersteht er doch, daß er selbst die Schuld dafür trägt, weil er seine eigene Meinung zu lange in einem nicht durchsichtigen Selbstmangel verbar und es nicht wagte, mit der Sprache herauszurücken. Wenn alle Welt schon vor Genf, zum mindesten bei Beginn der Genfer Tagung gewußt hätte, was sie jetzt weiß, daß nämlich Chamberlain sich gegen jede Erweiterung und Veränderung des Rates wenden sollte, wenn dadurch der Eintritt Deutschlands in den Bund verhindert wurde, so wäre die Situation von vornherein klar gewesen und man wäre so oder so schon in zwei Tagen fertig gewesen. Die Haltung Chamberlains ist durchaus mit derjenigen der Aguirre und Grey im Juli 1914 zu vergleichen, wo diese beiden Staatsmänner die Möglichkeit gehabt hätten, durch eine unzweideutige Stellungnahme, die die Hoffnung auf Neutralität zerstört hätte, die Katastrophe des Weltkriegs zu verhindern. Immerhin wird man auch nachträglich noch mit Genugtuung in Deutschland zur Kenntnis nehmen, daß Opposition und Regierung die alleinige Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund mit der Anerkennung, daß Deutschlands Bedingungen berechtigt seien, als das übergeordnete Ziel der Genfer Veranstaltung betrachtet haben und weiter betrachten und daß alle anderen Möglichkeiten nur als Eventualitäten in Rechnung gestellt worden waren. Man wird auch in die Ehrlichkeit Chamberlains keinen Zweifel setzen, wenn er es energisch abstreitet, daß irgendeine Verpflichtung zwischen Irland und ihm bezüglich der politischen Ansprache oder in irgendeiner anderen Richtung eingegangen worden sei. Der Vorwurf bleibt, daß die Ablehnung aller anderen Ansprüche nicht mit genügender Klarheit erfolgt ist. Wenn es wahr ist, was Lloyd George feststellte und was Chamberlain schließlich nicht bestritten hat, daß Schweden in Genf den richtigen Weg eingeschlagen und in Genf auch die Meinung Großbritanniens vertreten habe, so ist das eben nicht klar genug und nicht rechtzeitig genug zum Ausdruck gekommen.

Klarheit darüber, was nun eigentlich hinter den Kulissen vorgegangen ist, hat die Rede Chamberlains nicht gebracht. Von besonderem Interesse ist nur noch seine Behauptung, daß er bis zum Beginn der Vollversammlung des Völkerverbundes über die wahren Absichten Brasiliens nicht im Klaren gewesen sei und daß die deutsche Delegation als einzige die Absichten Brasiliens habe kennen müssen. An diesem Punkte stehen sich die deutsche und die englische Deutung diametral gegenüber. Die deutsche Delegation vertritt die Auffassung, daß die Zustimmung der brasilianischen Stimme für den deutschen Rat sich bedingungslos gegeben sei und daß das brasilianische Veto darum als eine politische und juristische Angelegen-

Das Unterhaus hinter Chamberlain.

Der Antrag Lloyd Georges abgelehnt.

* London, 24. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Die Debatte über Genf im Unterhaus endete gestern Abend damit, daß der Antrag Lloyd Georges, das Gehalt des Außenministers um hundert Pfund zu kürzen, mit 325 gegen 136 Stimmen abgelehnt wurde. Damit hat sich die überwiegende Mehrheit des Unterhauses auf die Seite Chamberlains gestellt und sein Verhalten während der Verhandlungen des Völkerverbundes gebilligt.

Aus der Debatte sind noch einige Ausführungen, die der Premierminister Baldwin machte, von Interesse. Er führte ungefähr folgendes aus: Die Opposition sei gekommen, um dem Leidensbeginns des Völkerverbundes beizuwohnen. Sie habe aber gefunden, daß der Patient sich in den Händen eines geschickten Arztes befinde und daß tatsächlich nichts weiter vorliege als eine etwas unglückliche menschliche Veranlagung. Der Völkerverbund sei sehr menschlich, und ein Mittel, die menschliche Natur zu ändern, sei noch nicht entdeckt worden. Sir Austen Chamberlain habe aus Genf nicht das zurückgebracht, was er zu erreichen gesucht und worum er gekämpft habe. Aber immerhin hätten seine Bemühungen das Resultat gehabt, daß das Versöhnungswort der letzten zwölf Monate nicht vertrieben worden sei. Es habe den Rückschlag überdauert. Die Mächte einschließlich einer früheren feindlichen Macht, die in den letzten Monaten so eng verbunden worden seien, seien in der engen Verbindung miteinander geblieben. Die Tatsache, daß sich nichts ereignet habe, was einen Keil in diese neuen freundlichen Beziehungen getrieben habe, sei die Hauptsache. Die Regierung habe alles Vertrauen, daß nach Ablauf weniger Monate Sir Austen Chamberlains Bemühungen Früchte tragen würden.

Wenn man die Stimmen der Presse heute morgen durchliest, muß man den Eindruck gewinnen, daß die Debatte von gestern keinen Zweck hatte und jedenfalls die Lage in keiner Weise änderte. Denn die Wähler bleiben bei der Ansicht, die sie bisher vertreten hatten. Die „Times“ finden, Chamberlain habe im ganzen gut abgeschrieben. Zu behaupten sei, daß er in der Periode von Genf nicht ebenso offen gewesen sei wie jetzt. Das Blatt erklärt, daß niemand an der Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit des Ministers zweifelte. Es habe sich herausgestellt, daß Chamberlain, als er nach Genf kam, über die eigen-

liche Lage der Dinge ebenso im Dunkel war wie der übrige Teil der Nation. Es wäre viel besser gewesen, wenn er das damals gerade herausgesagt hätte, dann würden viel unangenehme Dinge vermieden worden sein. Aber alles das habe auch sein Gutes gehabt. Die Locarnoverträge seien von neuem bestätigt worden. Die Beziehungen Deutschlands zu den Westmächten seien fester geworden, und Deutschland fange an, sich aktiv an den Bestrebungen der anderen Nationen zu beteiligen. Der Völkerverbund werde stärker sein als zuvor. Der „Daily Telegraph“ sagt, nach den Erklärungen von gestern sei keine Entschuldigung für solche Angriffe vorhanden, wie sie gegen Chamberlain erhoben wurden. Die „Morning Post“ sagt, man habe dem Außenminister den Vorwurf gemacht, daß er nicht offen genug gewesen wäre. „Wir sind der Ansicht“, sagt das Blatt, „daß Verlogenheit die Hauptverbe eines Außenministers ist, und was die Loyalität anbelangt, ist es gut daran zu erinnern, daß ein Minister nur seinem König und Land gegenüber loyal zu sein hat.“ Das bemerkenswerteste an der ganzen Sache sei, daß der Bund an allem die Schuld trage. Wenn die friedlichen Bestrebungen der Mächte gestört seien, habe der Bund die Schuld. Man müsse sich fragen, warum man den Völkerverbund überhaupt fortbestehen lasse, wenn er nicht nur für den Frieden nicht wirken könne, sondern diesen auch noch störe.

Der „Daily Graphic“, der zu den unzufriedenen Konservativen gehört, sagt, der Fehler der Locarnomächte sei gewesen, daß sie die Methoden der alten Diplomatie dem Völkerverbund aufzwingen wollten. Die Deutschen hätten das mitgemacht, aber Chamberlain treffe der größte Teil der Schuld. Man habe in Genf lange getan, als ob der Völkerverbund nicht existiere. Das habe sich geändert. Die „Daily News“ sagen, die Debatte habe zu nichts geführt, denn die Hauptanfrage gegen Chamberlain liege unbeantwortet. Im Gegenteil, die Debatte habe die ganze Angelegenheit noch dunkler und unverständlicher zu machen, als sie bisher gewesen sei. Als bekannt geworden sei, daß andere Nationen zum Rat zugelassen werden sollten, habe ganz Deutschland einstimmig erklärt, daß es davon nichts gewußt hätte und daß es unter solchen Umständen nicht um Aufnahme nachgedacht hätte. Chamberlain habe, wie er jetzt zugebe, gewünscht, daß die anderen Nationen ihre Forderungen erneuern würden, da sie diese, wie er sagte, schon lange vorgebracht hätten, und er habe Deutschland darüber nichts gesagt. Habe er sich wirklich einbildet, daß die öffentliche Meinung in Deutschland ein solches Wandern hinnerne merde? Wenn er das wirklich glaubt, habe dann sei er noch beschränkter, als man allgemein annehmen habe, und wenn er es nicht glaubt, habe, dann sei er zu hinterlistig, als daß man ihm irgendeiniges Vertrauen entgegenbringen könnte. In beiden Fällen sei er ungeeignet für irgendeinen Akt von Wichtigkeit.

Nichteil anzusehen sei. Chamberlain dagegen liest aus der brasilianischen Antwort von 1924 etwas anderes, nämlich die Ablehnung einer Verpflichtung mit der Begründung, daß diese ganze Angelegenheit der Völkervereinigung selbst überlassen müsse.

Neben der Bedeutung der Aussprache im englischen Unterhaus tritt der zweite Tag der außenpolitischen Debatte im Reichstag an Bedeutung stark zurück. Der Höhepunkt lag am ersten Tage in der Rede Stresemanns, die ihre Wirkung im Inneren und auf die Weltöffentlichkeit in starkem Maße getan hat.

F.H. Paris, 24. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Die italienischen Redellen erlangen einen neuen Erfolg gegenüber den Franzosen. Sie griffen Katana an, töteten den Kommandanten der Gendarmen und machten Gefangene.

Paris zur Chamberlainrede.

F.H. Paris, 24. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Von den Äußerungen der Pariser Presse zu der gestrigen Rede Chamberlains sind nur zwei von einiger Bedeutung und davon die des „Echo de Paris“.

Strzynski über Genf.

o. Warschau, 24. März. Minister Strzynski sprach gestern im auswärtigen Ausschuss des Sejms über die Genfer Tagung. Polens Forderung, gleichzeitig mit Deutschland einen Ratstag zu erhalten, ist nicht aus Prestige-Gründen diktiert, sondern will die Sicherung des Friedens und die moralische Wertschätzung unmöglich sein.

Der französisch-jugoslawische Freundschaftsvertrag.

El. Belgrad, 24. März. Im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten ist ein ausführlicher Bericht aus Paris über die Verhandlungen des Außenministers Ristichitsch zur Erweiterung des Freundschaftsvertrages eingetroffen.

Die Beratungen über das Steuerkompromiß.

* Berlin, 24. März. (Funknachr.) Im Generalschluß des Reichstags wurde die Aussprache über das Steuerkompromiß fortgesetzt. Abg. Hergt (D.D.) erklärte, die vom Minister gegebene Darstellung des Gesamtbildes der Finanzlage bedeute einen außerordentlich starken Rückzug der Regierung in bezug auf die Zahl und einen vollen Rückzug in bezug auf das Prinzip.

Krise im Reichsbanner.

oub. Berlin, 24. März. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hat etwa 20 Mitglieder ausgeschlossen, die gegen die Anordnung der Parteileitung an der Beerdigung eines bei Zusammenstößen in Charlottenburg getöteten Mitgliedes des Roten Frontkämpferbundes teilgenommen hatten.

Wetternachrichtendienst der badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.

Table with 6 columns: Stationen, Windrichtung in Werten, Temperatur in Grad C, Geklärt, Regenmenge in mm, Wetter. Rows include Berlin, Karlsruhe, Baden-Baden, etc.

Unsere heute beiliegende Wochenschrift

Literarische Umschau enthält folgende Beiträge: Friedrich Burschell, Novale; Fritz Adolf Hünich, Die Frühzeit Rainers Maria Rilkes; Hugo Debrunner, Panideal; Wolfgang Götz, Denatus Kleist; Vom Büchertisch; Oskar Loerke, Vier Gedichtbücher.

Der warnende Schatten.

Von Karl Lerbs.

Ein Lokomotivführer, der einen Nacht Schnellzug zu fahren hatte, fühlte sich, als er die mächtige Maschine angefahren hatte und auf ihr, die unter den ersten donnernden Dampfstoßen erbebt, in die feuchtwarme Herbstnacht hinausglitt, von einem Vorgefühl nahenden Unheils bedrückt und bedrängt.

greifbar; ein zuckendes Hüften, ein Klirren, dann ein gespenstisches Räumen und Reges großer Gliedmaßen; nun wieder ein bebendes Geklatter, ein Irres Kreisen, ein Niederstürzen — und, plötzlich, ein langames, hilfloses Greifen ins Leere. So schwebte es unablässig, immer da und doch nie ganz erkennbar, immer vor dem Zuge her.

Sonatenabend Elisabeth Neumann. Die jugendliche fließende Geigerin Elisabeth Neumann spielte kürzlich im Instrumentalverein das Violinsonnensort von Beethoven und festete durch Intelligenz und starkes Nachdenken. Nun gab sie gestern abend ihren ersten eigenen Sonatenabend mit einem sehr reizvollen, nicht auf virtuose Erfolge hin angelegten Programm.

Wird die Badische Presse noch nicht gelesen?

Benutzen Sie für Ihre Antwort den nebenstehenden umrahmten Vordruck! Ausschneiden, sachgemäß ausfüllen, in einen Briefumschlag stecken und mit folgender Aufschrift versehen:

An die Badische Presse Karlsruhe i. B.

Wir wiederholen, daß die „Badische Presse“ vor allen Dingen die Adressen von solchen Haushaltungen erfahren möchte, in denen die Badische Presse noch nicht gelesen wird, bei denen aber ein Interesse für sie angenommen werden darf.

Für jede erfolgreiche Mitarbeit hat die Badische Presse einen Gutschein auf eine Sonntags-Fahrkarte im Umkreis von 75 km ausgesetzt.

An die **BADISCHE PRESSE** Karlsruhe i. B.

Bezugnehmend auf Ihr Ausschreiben **Wo wird die Badische Presse noch nicht gelesen?** teile ich Ihnen mit, daß die Badische Presse meines Wissens in folgender badischen Ortschaft:

Name des Ortes _____
 Postamt _____ Amtsbezirk _____

in folgender badischen Gaststätten:

1) Hotel / Gasthof _____
 in _____
 2) Hotel / Gasthof _____
 in _____

in folgenden, für ein Abonnement in Frage kommenden Haushaltungen:

1) Name _____
 Ort _____ Straße _____
 2) Name _____
 Ort _____ Straße _____
 3) Name _____
 Ort _____ Straße _____

Genauere Postadresse

noch nicht gelesen wird.

Herr / Frau _____
 Ort _____ Straße _____
 bestellt auf meine Vermittlung hin die „Badische Presse“ und ersucht um sofortige Zustellung.

Name des Einsenders _____
 Stand _____
 Wohnort _____ Straße u. No. _____

Der Abbau der bayerischen Staatsverwaltung.

Von unserem Münchener Vertreter Dr. A. Fros Otzig.

Nunmehr ist endlich das Problem eines Abbaues der bayerischen Staatsverwaltung an einem entscheidenden Punkt angelangt. Regierung und Landtag „bemühen“ sich seit Jahren vergeblich um die Lösung dieses gordischen Knotens. Aber alles, was seither über diese Frage geredet wurde, mußte leeres Theaterdonner bleiben. Die von den verschiedensten Seiten gemachten Vorschläge sind zahlreich wie der Sand am Meere. Niemand hat sich jedoch im Landtag eine Mehrheit finden lassen, so daß hinterher alles beim alten blieb. Die bayerische Staatsregierung ist nunmehr, wie wir zuverlässig erfahren, entschlossen, der Unfähigkeit des jetzigen bayerischen Landtages, auch nur den kleinsten Abbau von sich aus durchzuführen, Rechnung zu tragen. Sie ist sich in langen Kabinettsberatungen darüber schlüssig geworden, als Antwort auf die schweren Angriffe, auch aus den Reihen der Koalitionsparteien, vom Landtag ein Ermächtigungsgesetz zu verlangen, auf Grund dessen eine großzügige Verwaltungsreform auf dem Wege der Verordnung durchgeführt werden soll. Der entsprechende Entwurf ist bereits im einzelnen durchgearbeitet und wir können aus seinem Inhalt folgende Hauptpunkte hervorheben:

1. Die Regierung wird vom Landtag ermächtigt, die Zahl der Ministerien von 8 auf 6 herabzusetzen.

2. In gleicher Weise wird die Regierung ermächtigt, die Zahl der Kreisregierungen von 8 auf 6 durch Zusammenlegung abzubauen.

Bei der Durchführung dieser grundlegenden Verwaltungsreform, die sich im einzelnen in weitem Maße an das von Innenminister Stügel angeleitete neue Verwaltungsgezet anlehnt, verlangt die Regierung in dem Ermächtigungsgesetz vollkommene Freiheit. Es ist lediglich die Zusammenarbeit mit einem Landtagsausschuß vorgesehen, der zu diesem Zweck eigens gebildet werden soll, der jedoch nur eine beratende Tätigkeit ausübt. Ein veto gegen Maßnahmen, die die Regierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes für notwendig hält, steht ihm nicht zu. U. a. sollen auch die Gemeinden an den Kosten für die Volks- und Mittelschulen mit 20 Prozent beteiligt werden, was übrigens in den meisten Ländern bereits der Fall ist. Als Hauptgegengabe für die Entlastung der Landesfinanzen stellt die Regierung eine baldige Herabsetzung der Kreissteuer von 40. — Mark auf 20. — Mark pro Ar in Aussicht, woraus sich automatisch eine Senkung der Wohnungsabgabe um 50 Prozent ergeben würde, da diese ja auf der Kreissteuer aufgebaut ist. Was die Frage der Zusammenlegung verschiedener Ministerien angeht, so deutet sich die Forderung der Regierung mit einem Verlangen, das sämtliche Parteien von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten bereits in irgend einer Form einmal gestellt haben. Man konnte sich jedoch niemals darüber einigen, welche von den 8 Ministerien abgebaut werden sollen. Wir wissen, daß der erste Entwurf des Ermächtigungsgesetzes auch die beiden Ministerien namentlich genannt hat, deren Abbau durchgesetzt werden soll. Der endgültige Entwurf nimmt hieron Abstand, um dem Landtag nicht von vornherein die Beschlußfassung über das Ermächtigungsgesetz noch mehr zu erschweren, als es ohnehin der Fall sein wird. Alles deutet darauf hin, daß eine Zusammenlegung des Landwirtschafts-, Handels- und Sozialministeriums zu einem großen Wirtschaftsministerium ins Auge gefaßt ist. Diese Forderung wird von den Deutschnationalen seit Jahren erhoben und auch die Bayerische Volkspartei hat sich in letzter Zeit notgedrungen entschlossen, in diesem lauren Spiel zu bleiben. Erklärte doch der Abgeordnete Schlittenbauer, der sogar dem rechten Flügel der Bayerischen Volkspartei angehört, ein so kleiner Staat wie Bayern könne weder eine eigene Landwirtschaftspolitik noch eine eigene Handels- und Arbeiterpolitik betreiben. Gleichzeitig verlangte er einen Abbau sämtlicher Referate um 50 Prozent. Der erst kürzlich gestellte

Antrag des Bauernbundes, der natürlich an der Erhaltung des Landwirtschaftsministeriums ein großes Interesse hat, auf Zusammenlegung von Justiz- und Innenministerium, hat jedenfalls keine Aussicht auf Verwirklichung. Schließlich ist es ja auch ein Unding, Gesetzesvollzug und Rechtspflege in eine Hand zu legen. Dagegen hatten viele Kreise ein besonderes Außenministerium für Bayern in der heutigen Zeit für überflüssig. Wenn Preußen mit 7, Württemberg, Baden und Hessen sogar mit 4 Ministern auskommen, so ist ja auch tatsächlich nicht einzusehen, wozu Bayern 8 Ministerien nötig haben sollte! Wenn daher die bayerische Regierung mit der praktischen Durchführung einer gerade in Bayern energisch erhobenen Forderung Ernst macht, so ist das nur zu begrüßen.

Der selbe Abgeordnete Schlittenbauer hat im Haushaltsauschuß erklärt, für Bayern liege der Keim des Abbauproblems gar nicht so sehr bei den Ministerien als vielmehr in der Tatsache, daß Bayern heute noch wie vor hundert Jahren 8 Kreisregierungen hat. Tatsächlich muß man sagen, daß die bayerische Kreisverteilung in hohem Grade bürokratisch aufgebläht ist, und die Frage einer Zusammenlegung von Bezirksämtern schrittweise bisher meist an den Grenzen der Kreisregierungen. Schlittenbauer verlangte sogar eine Zusammenlegung der Kreisregierungen von 8 auf 4, erst dann könnten auch die übrigen Leiter dementsprechend zusammengelegt werden. Es ist ja auch in der Tat ein Unding, daß hier in München in der Maximilianstraße der groß aufgebaute Apparat einer Kreisregierung existiert, und daß man eine Bahnhofsverwaltung in Augsburg, und eine weitere Bahnhofsverwaltung in Landshut denselben umständlichen Apparat antreibt. Vielleicht wäre es leichter, die Verwaltungsreform praktisch durchzuführen, wenn das Ermächtigungsgesetz 4 statt 8 Kreiseinteilungen vorsehen würde.

Als Ganzes gesehen, stellt der Plan der bayerischen Staatsregierung eine erfreuliche Tat dar von einer Kühnheit und Energie, auf die wohl gerade der Landtag selbst am allerwenigsten gefaßt sein dürfte. Das Kabinett geht bei der Anfertigung des Landtags, immer wieder rein agitatorische Forderungen zu erheben, ohne auch nur jemals eine einzige zu verwirklichen, ganz folgerichtig gehandelt. Die entscheidende Frage ist nunmehr die: Wie wird sich der Landtag verhalten, wenn der vorliegende Entwurf eingebracht wird? Wird sich eine Mehrheit finden, die der Regierung das geforderte Ermächtigungsgesetz gibt? Gerade die Koalitionsparteien werden in eine verzweifelte Zwangslage geraten, aus der man sich nur schwer einen Ausweg denken kann. Man muß sich vor Augen halten, daß sämtliche Stellen in der Verwaltung gleichsam nach einem mathematischen Schlüssel unter den Parteien verteilt sind. Nur hieraus läßt sich überhaupt der äbe Konfessionsdismus aller Parteien beim praktischen Abbau erklären. Die Aufhebung auch nur eines Ministeriums würde die kunstvoll angelegte Aufstellung der einzelnen Posten aller Ministerien über den Haufen. Das Ermächtigungsgesetz ist so weitgehend gefaßt, daß die Parteien sich eines unmittelbaren Einflusses auf die Umgruppierung aller Stellen geben würden. Somit steht außer Frage, daß der geplante Gegenstoß der Regierung gewaltige Kämpfe im Landtag und im ganzen Lande im Gefolge haben wird.

Wie die Regierung selbst über das Schicksal ihres geplanten Gesetzeswortes denkt, ist nicht klar ersichtlich. Zweifellos wird von den Koalitionsparteien in der Richtung auf die Regierung gedrückt werden, die Form des Entwurfes in verschiedener Richtung erheblich abzumildern, wenn nicht gar ihn so lange zurückhalten, bis die Parteien von sich aus in irgend einer Form die Initiative für einen Abbau, bei dem ihnen unmittelbarer Einfluß gewahrt bleibt, an sich gerissen haben. Auf jeden Fall entzieht der Regierungsentwurf den Parteien jeglichen Boden für eine weitere Agitation. Diese hatte in letzter Zeit angesichts der wirtschaftlichen Notlage derart um sich gegriffen, daß auch amtliche Regierungsstellen sich in immer stärkerem Maße daran beteiligten. Hat doch sogar das Blatt des Deutschnational einverleiteten Bayerischen Landbundes kürzlich Angriffe in dieser Richtung gegen die Regierung erhoben, wie man sie sich kaum schärfer in einem Bauernbundsblatte denken kann. Von Regierungsseite ist selber als Hauptargument gegen einen durchgreifenden Abbau des Verwaltungsapparates geltend gemacht worden, das Reich müsse erst anfangen abzubauen und sei-

nen Apparat zu vereinfachen; denn wenn Bayern zuerst abbaue, würde leicht eine Reihe von Aufgaben auf das Reich hinübergeleitet werden. Angesichts dieser Einstellung bedeutet der geplante Schritt der bayerischen Regierung ein höchst erfreuliches Ereignis, dem man nur im Interesse einer Gesamtgefundung unseres Staatswesens vollen Erfolg wünschen kann.

Um den Luftschiffbau in Friedrichshafen.

m. Berlin, 24. März. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Der Luftschiffbau Zeppelin in Friedrichshafen wird mit der ersten Rate in Höhe von einer halben Million Mark aus der Zeppelin-Edener-Spende den Bau eines neuen Zeppelin-Luftschiffes beginnen. Jedoch kann es sich hierbei nur um vorbereitende Arbeit handeln, da die Größe und die Einrichtung des Schiffes von den Ergebnissen der Pariser Luftfahrtverhandlungen abhängt, weil auch der Luftschiffbau unter die Begriffsbestimmungen fällt. Es werden daher zunächst nur solche Konstruktionsteile hergestellt, die für alle Zeppelin-Typen die gleiche Größe haben und daher von der jeweiligen Größe des Schiffes unabhängig sind. Bei der Maybach-Motoren-Gesellschaft sind bereits Anzahlungen geleistet worden, damit später eine beschleunigte Lieferung der Motore erfolgen kann. Zunächst ist die Beschäftigung des Arbeiterstammes der Zeppelinwerke sichergestellt.

Gewissenlos Spritdieber.

O. Berlin, 24. März. Einer gewissenlosen ungeheuren Spritdiebstahl, durch die die Gesundheit vieler Menschen gefährdet worden, wenn die Polizei nicht rechtzeitig eingegriffen hätte, sind die zuständigen Behörden in Hamburg und Köln auf die Spur gekommen. Von Beamten mehrerer Volksteile war festgestellt worden, daß an kleine Likörfabriken und Gastwirte in letzter Zeit große Mengen Sprit geliefert wurden, über deren Ursprung man zunächst vollkommen im unklaren war. Endlich gelang es jedoch, durch Überwachung eines Abnehmers festzustellen, daß dieser Sprit aus Köln kam, und schließlich vermochte man dort zu ermitteln, daß in der Außenstadt eine außerordentlich raffiniert angelegte Geheim-Frennerci bestand, die mit modernsten Mitteln der Technik ausgestattet war, und die die Aufgabe hatte, denaturierte Ware zu reinigen. Der Kölner Unternehmer hatte es verstanden, von der Reichsmonopolverwaltung große Mengen vergallten Branntwein sich zu beschaffen, unter der ausdrücklichen Versicherung, daß der Sprit für industrielle Zwecke Verwendung finden sollte. Die Ware wurde dann zunächst nach Hamburg geschafft und im Freihafen gelagert, wo die Monopolverwaltung, um Schiebung zu vorbeugen, den Sprit mit Karbolsäure sehr stark zersetzte und für die Fässer wurden dann auf dem Wasserwege nach Antwerpen geschafft und mit Hilfe einer Anzahl Mittelsmänner gelangte der Sprit dann wieder auf deutsches Zollgebiet und wurde in Mainz einige Zeit auf Lager gebracht. Von dort aus kam der Spiritus dann in Lastautos nach Köln-Ehrenfeld. Hier war ein Laboratorium errichtet worden, wo unter der Leitung mehrerer Chemiker durch besonderes Verfahren der Sprit wieder von der Karbolsäure und von dem Farbstoff so weit gereinigt wurde, daß an Farbe und Geruch der Käufer nicht merken konnte, daß es sich um vergallten Sprit handeln könnte. Von Köln-Ehrenfeld kam dann der Sprit-Branntwein in die Innenstadt, wurde hier nochmals bearbeitet und ein ganzes Heer von Agenten sorgte dafür, daß die Ware im Reich Absatz fand.

Bisher konnten die Polizeibehörden 240 000 Liter beschlagnahmen, die noch der heimischen Reinigung harren, und auch in Hamburg sind große Mengen der dort noch liegenden Fässer festgehalten und von der Polizei abgefahren worden. In Köln sind bereits eine Anzahl Verhaftungen vorgenommen worden, doch sind noch weitere Festnahmen in dieser Sache zu erwarten.

U. Koblenz, 24. März. In der Nacht von Montag auf Dienstag ist am Rhein und in den Nebentälern die Temperatur auf 1 Grad unter Null, in den Bergen auf 7 Grad unter Null gesunken. Da in den Tälern die Frühobstbäume schon in voller Blüte stehen, dürfte die Frühobsternte in diesem Jahre vernichtet sein.

Aus Baden.

Der Staatsvoranschlag für 1926/27.

Des Badischen Landtags wichtigste Arbeit während der gegenwärtigen Tagung ist bekanntlich die Erledigung des Staatsvoranschlages für die Rechnungsjahre 1926 und 1927. Sein Erscheinen wird schon lange mit großem Interesse erwartet.

Präsident Wittemanns 60. Geburtstag.

Der zweite Vorsitzende der Badischen Zentrumspartei, Präsident Josef Wittemann, langjähriges Mitglied des Badischen Landtages, vollendet heute sein 60. Lebensjahr.

Landwirtschaftlicher Zwischenkredit.

Bedauerlicherweise ist der ganze Pächterstand von dem landwirtschaftlichen Zwischenkredit ausgeschlossen. Diese Härte wird besonders bitter empfunden in einem Lande wie Baden, wo ein außerordentlich hoher Prozentsatz der landwirtschaftlichen Betriebe Pachtbetriebe sind.

R. Bretten, 24. März. (Jugendabend) Bei einem durch den Evangelischen Jugendbund und den Mädchenbund „Treue“ (B.D.Z.) veranstalteten Jugendabend hielt Landrat Dr. Pfister einen wertvollen Vortrag über seine Reise ins Wallis (Schweiz) und zeigte gute, eigene Aufnahmen als Lichtbilder.

R. Bretten, 24. März. (Frauenverein) Einen sehr stark besuchten Vortrag über die „Freundin der Gefangenen“ Elisabetha Str. hielt im hiesigen Frauenverein Frau Stadtpfarrer Dr. Maria Heinke und gab ein wirkames Bild aus den Jahren 1780 bis 1845 und wie auf die Segensarbeit dieser Frau die Gefangenenerreform zurückgeht.

r. Oberrhein, 24. März. (Hohes Alter.) In seltener Frische begibt hier der älteste Einwohner unserer Gemeinde, Jakob Weiss, Landwirt, seinen 94. Geburtstag. Aus diesem Anlaß brachte ihm der Musikverein ein Ständchen dar, und Gemeinderat Hörner überbrachte im Namen der Gemeinde und des Vereins Glück- und Segenswünsche.

R. Eichelbach (b. Sinsheim), 24. März. (Todesfall) Nach kurzer Krankheit entschlief hier im 82. Lebensjahr der Pfarrer der Eichelbacher evangelischen Gemeinde Ludwig K. Bachmann. Geboren in Pforzheim war er seit 1887 im badischen Kirchendienst, an seiner letzten Stelle seit 1911.

= Mosbach, 24. März. (Ergertienhaus.) Das neue Ergertienhaus in Neckarelz, „Maria Trost“ wurde am Montag seinem Zweck übergeben. Aus diesem Anlaß fand eine schlichte Feier zuerst in der Kirche für die Allgemeinheit und dann im Speisehaus des Ergertienhauses statt.

= Kallstadt, 24. März. (Landwirtschaftliche Versammlung.) Die am Sonntag vom Verkehrs- und Lehrgut und der Saatgutanstalt der Badischen Landwirtschaftskammer in Kallstadt veranstalteten landwirtschaftlichen Versammlungen in Ruppenheim und Pfezheim liefen einen sehr guten Besuch auf. Mit den Versammlungen waren Filmvortrags- und eine unentgeltliche Verlosung von Saatgut verbunden.

= Steinbach bei Bühl, 24. März. (Schwerer Automobil.) (Eigener Drahtber.) Heute vormittag gegen 10 Uhr ereignete sich hier ein schwerer Automobilunfall. Ein von Karlsruhe kommendes Auto, das auf dem Wege nach Bühl war, fuhr hier über eine Brücke, machte dabei eine kleine Wendung und stürzte über eine etwa 4 1/2 Meter hohe Mauer in den Bach, wo es vollständig zertrümmert liegen blieb.

= Offenburg, 24. März. (Nachausstellung für das Küfer-, Käßler- und Kellereigewerbe.) Die Badische Landwirtschaftskammer veranstaltete anlässlich der Nachausstellung für das Küfer-, Käßler- und Kellereigewerbe eine allgemeine Prämierung und öffentliche Kostprobe badischer Weine.

= Bahr, 24. März. (Jahresversammlung der Jäger.) Die hiesige Bezirksgruppe des Badischen Bundes deutscher Jäger hielt unter sehr guter Beteiligung die Jahresversammlung ab. Aus dem Jahresbericht, den der 1. Vorsitzende, Fabrikant Kestler, erstattete, ist u. a. zu entnehmen, daß auf Antrag der Bezirksgruppe die Gemeindegrenzen nun auf die Dauer von 9 Jahren verpachtet werden, und daß die Mitglieder gegen Personenschäden mit 200 000 M und für Sachschäden mit 10 000 M versichert sind.

= Vörsach, 24. März. Die Demonstrationen am Dienstag abend sind in allen Teilen ruhig verlaufen. An dem Umzug durch die Stadt nahmen nur etwa 200 Personen teil. Die Arbeiterschaft, die noch beschäftigt ist, hielt sich von den Kundgebungen fern. Anschließend an den Umzug fand eine Versammlung in der Festhalle statt, wo etwa 500 Menschen beisammen waren, zum größten Teil jugendliche Elemente.

= Mannheim (Amt Waldsiedlung), 24. März. (Nömisches Niederlassung) Nachdem der alte Römerweg von Stühlingen nach Mauthen, der über Loreto bei Stühlingen, Schweizerhüt am Südrand des Gaisbüchles ins Mauthental führt, aufgedeckt worden war, ist es nun auch gelungen, die Körnerüberlassung im Gewann Ober-

Die Fahrplanbesprechung in Billingen.

Schwarzwaldbahn, Höllentalbahn und badisch-württembergisches Grenzgebiet.

In Billingen fand am Dienstag die Frühjahrbesprechung bei der Handelskammer statt, in der die wesentlichen Verbesserungen durch einen Vertreter der Reichsbahndirektion Karlsruhe bekannt gegeben und erläutert sowie weitere Wünsche und Vorschläge entgegen genommen wurden.

Reichsbahnoberrat Ringold-Karlsruhe erläuterte die allgemeine Lage der Reichsbahn, den starken Rückgang nicht nur im Güterverkehr, sondern auch im Personenverkehr, jedoch die Schnellzüge heute teilweise nur noch ein Kasten bis ein Sechstel der Besetzung wie im letzten Sommer aufweisen.

An Einzelverbesserungen erwähnte der Redner die ganzjährige Führung der beschleunigten Personenzüge Frankfurt-Schwarzwaldbahn-Konstanz, die auch an Hand der bisherigen Erfahrungen über die Benützung nördlich Offenburg schon zur Doppel-führung vorgesehen seien.

Die Hauptbahn erhalte, abgesehen von mehreren Schnellzugsverbesserungen Einstellung der Holzkasse in die bisherigen FD-Züge D 178/174, ein neues beschleunigtes Personenzugpaar 847/848 Krefeld-Heidelberg-Freiburg in günstiger Tageslage mit guten Anschlüssen nach dem Schwarzwald.

Auf der Strecke Hausach-Schiltach werden zwei Züge neu eingelegt, um bessere Verbindungen zu schaffen, und bisherige Anschlüsse verbessert. Auf der Linie Billingen-Saßdorf-Heinheim sind die Wünsche berücksichtigt worden.

Die Höllentalbahn bekommt wieder die Tageszüge als Anstoß an die W.P.-Züge der Schwarzwaldbahn, außerdem an Sonntagen eine Späterlegung des Abendzuges als Freiburg während der Sommermonate.

Die längere Ansprache ergab durchweg Anerkennung für die vorgeschlagenen Verbesserungen. Für den Nordteil der Schwarzwaldbahn sprach sich Triberg unter Anerkennung der Verbesserung und Neuschaffung von Tagesverbindungen außer mit dem Unterland auch mit dem Oberland und der Schweiz für eine Verbesserung der Triberg auf die Notwendigkeit der Einhaltung der gegenliegenden Anschlüsse zwischen Bahn und Schiff verwiesen wurde.

hosen festzustellen. Die Fundamente, die auf ein Wachhaus deuten, sind noch gut erhalten.

= Bühl (Amt Waldsiedlung), 24. März. (Erdbeben.) Am Abend des Vespertages wurde kurz vor 10 Uhr hier ein starker Erdbeben verspürt. Man merkte dies an der Erschütterung der Gebäude und der Möbel. In einigen Häusern sind Risse entstanden.

= Aufhingen bei Donaueschingen, 24. März. (Freigabe der Opfer der Familientragödie bei Beerdisung.) Wie wir heute vormittag zu der furchtbaren Familientragödie Walter (nicht Falter) erfahren, hat das Amtsgericht Engen die Leichen zur Beerdisung freigegeben. Die Bestattung findet voraussichtlich heute Nachmittag in einem gemeinsamen Grabe statt.

= Singen a. S., 24. März. (Zur großen Arme.) Hier starb an den Folgen eines Schlaganfalles im Alter von 81 Jahren der Veteran von 1870/1871 Johann Baptist Harver, Bahnhüter a. D. Mit ihm ist einer der letzten Veteranen aus jener Zeit dahingegangen.

= Singen a. S., 24. März. (Für Schachfreunde.) Dem Schachklub Singen ist es gelungen, den internationalen Schachmeister und Sieger beim Weltturnier in Moskau, Bogoljuboff, zu einem Simultanturnier nach Singen zu verpflichten.

= Banholzen (Amt Konstanz), 24. März. (Unfall.) Das dreijährige Kind eines hiesigen Landwirtes war beim Spielen vor einigen Tagen in eine Sauggrube gefallen konnte jedoch vom Tode des Ersticken noch gerettet werden. Es war aber schon die scharfe Flüssigkeit zum Teil in die Lunge eingedrungen, so daß Entzündung eintrat. An dieser ist das Kind nun verstorben.

Aus den Nachbarländern.

= Bannau, 24. März. (Versicherung der Stadtbäder.) Der Stadtrat von Bannau beschloß in seiner letzten Sitzung, die Mitglieder des Stadtrates und der Ausschüsse, insgesamt 62 Personen, gegen Unfälle in ihrem Amte zu einem Durchschnittseinkommenjah von 3000 M zu versichern. Die Kosten fallen der Stadt zur Last.

wagen auch das ganze Jahr über, wobei auch von anderer Seite die geringe Besetzung der Speisewagen als Folge des den Anforderungen nicht gerecht werden können erwähnt wurde.

Zu Frage der Triebwagen im Nahverkehr bemerkte der Vertreter der Reichsbahn, daß zurzeit noch die Versuchsfahrten im Gang seien zur Erprobung des besten Systems. Was heute an Triebwagen in etlichen Bezirken vorhanden sei, seien alle möglichen Systeme aus früheren Zeiten. Neuanfassungen seien keine da und wohl zunächst nicht zu erwarten.

Die Reichsbahndirektion ließ durch ihren Vertreter erklären, im Bereich des Möglichen das Ihre zu tun, um den verschiedenen Wünschen und Anregungen gerecht zu werden, wie sie mit dem vorliegenden Entwurf des neuen Fahrplans schon nach Kräften den Bedürfnissen entgegenzukommen bemüht gewesen sei.

Starker Gebirgsrutsch auf der Schwarzwaldbahn Sperrung der Strecke Hornberg-Triberg für den gesamten Eisenbahnverkehr.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: „Beim Fortgang der Bauarbeiten zur Beseitigung des Kaiser-tunnels an der Strecke Hornberg-Triberg der badischen Schwarzwaldbahn trat unvorhergesehen starker Gebirgsrutsch auf, der die Bauleitung veranlaßte, früher als beabsichtigt war, die letzten Sprengungen vorzunehmen und größere Felspartien, als vorgesehen waren, in die Sprengung einzubeziehen.“

Verstärkung der Eisenbahnbrücken.

An den Eisenbahnbrücken sind mehr kleine Brücken und Unterführungen eingebaut, als man gewöhnlich annimmt. Jeder noch so kleine Wasserlauf, dem man nicht andere Wege weisen konnte, mußte beim Ausbau der Eisenbahnlinie überbrückt werden und viele Weg- oder Fuß-überführungen kommen in ihrer Unterordnung einem Brückenbau gleich. Jahrzehntelang haben diese Brücken und Brücken den an sie gestellten Anforderungen genügt, jeder Belastung von Lokomotiven und Eisenbahnwagen standgehalten.

Ernennungen - Veretzungen - Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Im Bereiche des Landesfinanzamts Karlsruhe. Ernannt: Zu Regierungskassier die Steuerassistentin Gramlich in Neckar-gemünd und Reiche in Oberkirch und die Steueramtswärter Gebay und Wollsch und Weber in Wehrbach; zu Steuerinspektoren die Obersteuerassistenten Bannwart in Karlsruhe (Bezirksamtsstelle), Schulz und Weber in Karlsruhe (Abt. I, 2. Abt.), Wähler und Göttsch in Konstanz, Weber in Ueberlingen, Göttsch und Kiehl in Schwetzingen, Gerschach in Vörsach, Göttsch und Philipp in Karlsruhe (Abt. Stadt), Kern in Mannheim (Abt. Stadt), Polzin in Billingen, Rauchh in Mühlheim, Schaffrath, Sander und Steder in Kallstadt, Schill in Bretsch, Schmidt in Durlach, Spieck und Wedderrecht in Freiburg (Abt. Stadt), Wieland in Vörsach (Abt. Land), Wirth in Weinensbach und Jost in Singen (1. 1. 26); zu Oberassistenten die Steuerassistenten Koste in Singen, Brenneis in Rheinfelden, Zimmer in Baden, Borbe in Bielefeld, Herrmann in Mannheim, Sander in Heidelberg, Hebler in Baden, Streitt in Hornberg, Schröndt in Waldsiedlung, Arlt in Freiburg, Hölzl in Karlsruhe, Huber in Bretsch, Weichenberger in Rastatt, Berger in Karlsruhe, Polke in Kallstadt, Grieswaldt in Donaueschingen, Grammer in Mannheim, Wellemann in Freiburg (1. 1. 26); der Steuerassistent Grotz in Karlsruhe (1. 1. 26); die Postpraktikanten Göttsch in Mannheim, Adolke in Mannheim, Wamann in Karlsruhe, Seeger in Reß, Golderer in Reß und Schmidt in Freiburg (1. 1. 26); zu Postassistenten die Postbetriebsassistenten Schenke in Stettmatten (1. 12. 25), Pfahler in Orensch (1. 1. 26), Schneider in Krien (1. 2. 26).

In den Ruhestand versetzt: Die Steuerassistentin Keller in Bühl (1. 6. 26), Wegmann in Wiesloch (1. 5. 26) und Steuerassistent Hillbach in Karlsruhe (Abt. Stadt) (1. 6. 26); Postassistent Kühner in Weil-Seedorfsbüche (1. 4. 26).

Schnupfen

kann man nicht immer verhüten, aber immer erfolgreich bekämpfen mit —

Forman

Unsere beiden heutigen Ausgaben umfassen 22 Seiten.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, 24. März 1926.

Erleichterung und Erhöhung der Kapitalabfindung.

Die günstigere Entwicklung der Reichsfinanzen, die gegen Ende 1924 einsetzte, hat es dem Reich ermöglicht, nicht nur für die Kapitalabfindung größere Summen auszuwerfen, sondern auch die Voraussetzungen zu erleichtern, unter denen eine Kapitalabfindung gewährt werden kann.

Folgen der Maul- und Klauenseuche. Das Bezirksamt und die Polizeidirektion geben bekannt, daß aufgrund des § 19 des Viehseuchengesetzes und des § 36 der Vollzugsordnung dazu mit sofortiger Wirkung sämtliche von Händlern nach Baden eingeführtes Rindvieh einer siebenstägigen polizeilichen Beobachtung zu unterwerfen ist.

Neue Luftpost-Wertzeichen. Am 1. April, kurz vor Eröffnung des diesjährigen Flugverkehrs wird mit dem Verkauf neuer Luftpostmarken zu 5 Pfg., 10 Pfg., 20 Pfg., 50 Pfg., 1 Mk., 2 Mk., 3 Mk. und neuer Luftpostkarten zu 15 Pfg. begonnen.

Einreise in das Saargebiet. Verschiedene Anfragen gehen der Industrie und Handelskammer zu Köln Bernauhin, darauf hinzuwirken, daß zur Einreise in das Saargebiet keine besondere Genehmigung mehr erforderlich ist.

Zu den Primizfeier. Die am Sonntag in den verschiedenen Stadtteilen abgehalten wurden, wird noch bekannt, daß die Primiz des Neupfarrers Ferdinand Lehr im Stadtteil Kuppur seit 400 Jahren die erste war, die in Kuppur stattfand.

Todesfall. Pauline Müller, die Schwester-Oberin im Städtischen Altersheim, ist dieser Tage im Städtischen Krankenhaus einem tödlichen Leiden zum Opfer gefallen.

24000 Mark für einen Thoma. Bei einer Versteigerung von Gemälden neuerer Meister in Frankfurt a. M. wurde das große Werk „Christi Predigt am See“ von unserem verstorbenen Meister Hans Thoma für 24000 M. verkauft.

Erhebliche Zugbeschleunigungen.

Spitzengeschwindigkeiten bis zu 100 Kilometern.

Wiederholt ist in den Kreisen des reisenden Publikums der Wunsch geäußert worden, die Zahl und die Dauer der Aufenthalte bei den Schnellzügen abzukürzen. Auch auf der letzten Besprechung mit dem Fahrplanausschuß des deutschen Industrie- und Handelskongresses hat ein Vertreter des Industrie- und Handelskongresses diesen Wunsch seinerseits unterstützt und insbesondere der Reichsbahn nahegelegt, daß zur beschleunigten Durchführung der Schnellzüge diese in großen Städten allgemein nur auf einem Hauptbahnhof, nicht aber auch auf Vorbahnhöfen halten sollten.

Eine besonders wichtige Verbesserung des Verkehrs zwischen Berlin und Wien ist in der letzten Fahrplankonferenz in München für den Sommerfahrplan beschlossen worden. Der von Berlin über Passau nach Wien verkehrende Schnellzug D 156 wird durch Kürzung der Fahrzeiten bei gleicher Abfahrt von Berlin — um 45 Minuten früher als jetzt in Wien eintreffen, während der Gegenzug D 155 bei gleicher Abfahrt in Berlin — um 40 Minuten später als jetzt — von Wien abgehen wird.

Schutz den Eingeweihten. In letzter Zeit nimmt das verbotswidrige Einfangen und Abfischen unserer einheimischen Eingeweihten wieder zu. Die Bevölkerung wird gebeten, die gefiederten Säger mehr als bisher in Schutz zu nehmen und die Behörden bei diesen Schutzbestrebungen nachdrücklich zu unterstützen.

S Verkehrsunfall. Edele Frühlings- und Ostendstraße fuhr gestern nachmittag ein Motorradfahrer gegen einen Lastkraftwagen, welcher die Frühlingsstraße kreuzte. Der Motorradfahrer wurde mit dem Rücken, das auf dem Motorrad mitfuhr, zu Boden geworfen. Der Motorradfahrer trug Verletzungen oberhalb des linken Auges und am Knie davon. Er konnte, nachdem ihm von einem Arzt ein Notverband angelegt war, den Weg wieder fortsetzen. Das Motorrad wurde beschädigt.

S Festgenommen wurden: Ein Dreher von hier wegen Sittlichkeitsvergehens; eine Ehefrau von Zabach, die von der Staatsanwaltschaft hier wegen Betrugs gesucht wurde; ein Kaufmann von Seidelberg, der vom Amtsgericht Raffat wegen Vergehens gegen das Kraftfahrzeuggesetz ausgeföhren war; 3 Personen wegen Verletzungen gegen die Passbestimmungen und 12 Personen wegen verschiedener sonstiger strafbarer Handlungen.

Die Erhöhung des Kalbfleischpreises.

Die Freie Metzger-Innung des Bezirks Karlsruhe bittet uns um Aufnahme folgender Zeilen:

„Zu der leider notwendig gewordenen Kalbfleischpreiserhöhung vergangener Woche bemerke die „Karlsruher Zeitung“, entgegen allen übrigen Zeitungsmeldungen, unter dem Motto „Preisabbau“, daß die Metzger-Innung die seitigeren geringfügigen Preisabschläge dadurch zu nichte gemacht hätte, indem die Innung mit einem ganz bedeutenden Aufschlag von 20 Pfennig pro Pfund das Kalbfleisch ab Donnerstag, den 17. d. M. in die Höhe geholt habe.“

Ganz abgesehen davon, daß die Abfassung dieses Artikels, dazu noch im Staatsanzeiger, an und für sich keineswegs zur Beruhigung

den 55 Minuten früher als jetzt, somit schon um 9 Uhr 15 Minuten vormittags, eintreffen wird, in der Gegenrichtung wird die Abfahrt von München mit dem Zug D 140 bei gleicher Abfahrt in Wien um 6 Uhr 50 Minuten vormittags um 1 Stunde 20 Minuten später als bisher, mithin erst um 9 Uhr nachmittags erfolgen.

Eine neue Fernschnellzugverbindung ist zwischen Berlin und Frankfurt a. M. vorgelegt: FD 6 wird verkehren ab Berlin Anhalter Bahnhof 9 Uhr 34 Minuten vormittags, ab Leipzig 11 Uhr 45 Minuten, ab Erfurt 1 Uhr 32 Minuten nachmittags, an Frankfurt a. M. Hauptbahnhof 5 Uhr 10 Minuten nachmittags, FD 5 ab Frankfurt a. M. Hauptbahnhof 1 Uhr 15 Minuten nachmittags, ab Erfurt 4 Uhr 51 Minuten, ab Leipzig 6 Uhr 46 Minuten, an Berlin Anhalter Bahnhof 8 Uhr 44 Minuten abends. Diese neuen FD-Züge führen nur Wagen 1. und 2. Klasse, sowie einen Speisewagen auf der ganzen Strecke.

Krankentransporte auf der Reichsbahn.

Es ist allgemein nur wenig bekannt, in welcher mannigfachen Weise die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft die Beförderung Kranker ermöglicht. Neben der Verwendung besonderer Kranken-Salonwagen, die außer einem Bett noch zwei Sophas, einen Sessel, mehrere Stühle sowie einen Badraum mit Kochvorrichtung enthalten, können einzelne 3. Klasse-Abteile durch Herausnahme von Zwischenwänden und durch Einstellen einer in sich gebildeten Bahre, eines Lehstuhls, Klappstuhls oder Wandstuhls in einen Krankenraum umgewandelt werden. In gleicher Weise können auch 4. Klasse-Wagen, bei ausreichendem Raum, Gepäckwagen für den Krankentransport freigegeben werden.

des konsumierenden Publikums beiträgt, entbehrt der Artikel durch die Ausbauschung der Erhöhung jeglicher Objektivität in der Wiedergabe des wirklichen Sachverhaltes.

Es diene daher zur Aufklärung folgendes:

In erster Linie wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Fleischabschlags- bzw. Fleischerhöhungsnotizen nicht von der Metzger-Innung der Presse mitgeteilt werden, sondern vom städtischen Preisprüfungsamt als amtliches Organ selbst. Diese Tatsache ist allein schon voraus, daß die jeweiligen Fleisch- und Wurstpreise im engsten Einvernehmen mit der zuständigen Ueberwachungsbehörde seitens der Innung geregelt werden und vollständig die amtliche Billigung finden.

Was nun die Erhöhung des Kalbfleisches betrifft, so müßte der kalkulationsmäßige Preis heute schon pro Pfund 1.50 RM betragen. Der bisherige Aufschlag auf Wurstfleisch beträgt nur 14 Pfennig und nicht durchgängig 20 Pfennig, wie die „Karlsruher Zeitung“ bekannt gibt; wenn der Aufschlag heute 10—15% ausmacht, so ist dies lediglich darauf zurückzuführen, daß die Innung schon seit 14 Tagen infolge höherer Kalberpreise die Verkaufspreise etappenweise hätte berichtigen müssen. Lediglich im Interesse des Konsums ist mit der schon längst notwendig gewordenen Erhöhung zurückgehalten worden.

Im übrigen ist es eine gewohnheitsmäßige Erscheinung, die sich im ganzen Reich alljährlich zwischen der Fastenzeit und den Osterfeiertagen bemerkbar macht, daß die Kalberpreise eine steigende Tendenz anweisen. Diese natürlichen, dem Fachmanne bekannten Marktercheinungen lassen sich mit dem Preisabbau nicht in Zusammenhang bringen.

Man sieht somit, daß die Metzger-Innung im Hinblick auf die schwere Wirtschaftslage ständig bemüht ist, notwendige Erhöhungen hinauszuhalten, solange es tragbar ist und im Interesse der dringend notwendigen Umjüze zur Existenzhaltung. Preisserhöhungen in schonendster Weise nur vornimmt, wenn solche infolge veränderter Markterhältnisse im Benehmen mit der Prüfungsbehörde unweigerlich bedingt werden.“

Advertisement for Adolf Stein Nachf., featuring a man in a suit and text: „In unserer bekannt erstklassigen Maß-Abteilung ist das Stofflager...“

Real estate advertisements including: „Wohnungstausch“, „Tausche“, „Mietgeluche“, „Moderne 5 Zimmerwohnung“, and „Zur gegen Tausch-Wohnung“.

Advertisements for Arcona-Räder (bicycles), a Ladengeschäft (shop), and a Werkstätte (workshop).

Advertisement for Kruschen Salz, featuring an illustration of a child and text: „Robuste Gesundheit... Sind Ihre Kinder wirklich gesund, frisch und kräftig...“

Der schwarze Schaffen.

Koman von Eilsabeth von Gastonier.

(Copyright by „Badische Presse“, Karlsruhe.)

(28. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Marianne Schweigen behagte ihm nicht. Jemand etwas vorgefallen sein, sonst hätte er längst eine Nachricht in Händen gehabt. Aber was war geschehen? Was konnte geschehen sein?

lich zu allen, stierte wohl sie und da ein bißchen, wenn ein Mädchen besonders schön war, machte aber niemals Anstalten, sich zu verheiraten, sehr zum Aerger mancher Mädchen, die gar zu gern in das schöne Haus mit dem großen Garten und den herrlichen alten Mädchen eingezogen wären.

Heims mit seinen Pflichten und Sorgen, die weitauf von dem großen Trubel, dem Existenzkampf der Welt lagen, den sie nur vom Hörensagen kannte.

Kleiderstoffe zu außerordentlich billigen Preisen. Popeline 85/105 cm breit Nr. 2.50, 3.25, 3.75, 4.25

Jetzt bleibt „er“ gern zu Hause. Das es schmeichelt ihr, wenn er die Sauberkeit ihrer Parkett- und Linoleumböden lobt.

Durch unsere Genossenschaft werden an die Mitglieder für Landwirtschaft, Handel und Industrie Realkredite an I. Stelle durch gemeinsame Anleihe beschafft.

Reform-Pädagogium Singen. (Am Souensen). Reform-Schule mit internat. Kleinen Klassen.

Spezial-Geschäft. Ein in Karlsruhe in bester Lage gelegenes, langjährig bestehendes, gut gehendes, konkurrenzloses.

Ibach Fabrik geg. 1795. Pianos * Flügel in höchster Vollendung. 6670 Alleinige Niederlage in Karlsruhe: H. MAURER

Ader-Fahrräder. albekannte Qualitätsmarke. Teilzahlung gestattet. Zubehörteile, wie Beleuchtungen, Glocken, Borellung etc. empfohlen.

Fensterputz Schnell-Hell 4 Tropfen Schnell-Hell genügen, ein Fenster ohne Wasser u. ohne Led. in 2 Min. spiegelblank zu putzen!

Seifen für Hände u. n. Sauberer. Hauptgeschäftliche Nr. 11. Mittags 1-2 Uhr. 7111

Bier- und Weinwirtschaft in guter Lage der Stadt an hochlage und laubenschattiger Straßenseite zu verpachten.

In 30 Minuten Ihr Pashbild. nur im Photoar. Atelier Kaiserstr. 50. Eing. Adlerstr.

Zuckerkrankke erhalten wichtige Aufklärung kostenlos durch Fr. Löw, Walldorf Z. 23 (Hessen).

Honig. Ia H. Natur-Schleuderhonig ca. 9 Pf. netto Mk. 11.50

Wo kann man Anzeigen zu Originalpreisen für die „Badische Presse“ aufgeben? In Karlsruhe: Haupt-Geschäftsstelle Zammstraße 1b

Zur Konfirmation und Kommunion Riemp-Weine. In bestgepflegter Qualität. 2490

Erhalten wichtige Aufklärung. Kostenlos durch Fr. Löw, Walldorf Z. 23 (Hessen).

Fisch, Wild u. Geflügel. Kaufe nur im Spezial-Geschäft, da fachmännische Behandlung, reelle Bedienung u. billige Berechnung.

Gnädige Frau ich henne Ihre geheimen Wünsche. Sie wollen allerbeste Fleischwaren zu billigen Preisen kaufen, dieses können Sie durch meine allerfeinsten Gultfleischwaren.

